

Datum: 24.09.2021



Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung im Verwaltungsbereich der Landeshauptstadt München
(Sitzungsvorlage für den VPA am 13.10.2021)

An das Direktorium, D-I-ZV

Das Kulturreferat kann die Intention der o. g. Beschlussvorlage grundsätzlich mittragen, erlaubt sich aber folgende Anmerkungen:

1. Homeoffice

Die Sitzungsvorlage stellt ausführlich dar, mit welcher Strategie das Ziel erreicht werden soll, „Homeoffice als zweite gleichberechtigte Möglichkeit zur Einbringung der Arbeitszeit dauerhaft zu etablieren“ (S. 5), und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen. Im Rahmen dieser Strategie ist die Fortentwicklung der Regelungen der DV MoHo (Dienstverarbeitung über mobiles Arbeiten/Homeoffice) geplant.

Solange diese Fortentwicklung nicht geschehen ist, vor allem aber, solange die vielfältigen Voraussetzungen für effizientes Homeoffice nicht gegeben sind, ist dessen gleichberechtigte Etablierung aber nicht problemlos möglich. Unter den Bedingungen der Pandemie und der Erfordernis einer schnellstmöglichen Eindämmung des Infektionsgeschehens war es zwar zumutbar und vertretbar, dass die Voraussetzungen für Homeoffice stark reduziert wurden. Nach der akuten Phase der Pandemie ist aber im Sinn der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers LHM sowie der Arbeitseffizienz vor allem die Schaffung dieser Bedingungen vordringlich. Diese Voraussetzungen sind vor allem:

- Maßnahmen zur Erhaltung der physischen Gesundheit (ergonomischer Arbeitsplatz)
- Maßnahmen zur Vermeidung von Selbstausbeutung, Vereinsamung, Stress und Konflikten aufgrund der fehlenden sozialen Kontakte, Arbeitsstruktur und Teamabstimmung
- Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bestehender Bedarfe bei Betreuungsaufwand
- Voraussetzungen in der Führungs- und Teamkultur (Führen auf Distanz, Zusammenarbeit aus der Ferne usw.)
- technische Voraussetzungen (hardware, e-Akte, digitaler workflow, desksharing, Technik für hybride Sitzungen, Support).

Die Vorlage stellt (S. 18) zutreffend dar, dass mit der Schaffung dieser Voraussetzungen Kosten entstehen, die erst mittelfristig durch Nutzenfaktoren ausgeglichen werden können.

2. Verringerung der bestehenden Büroarbeitsplätze

Die Vorlage referiert verschiedene Ansätze des Kommunalreferats zur Verringerung bestehender Büroarbeitsplätze (S. 13ff.), u.a. „Nachverdichtung“ (Verringerung der Fläche pro

Arbeitsplatz von 11 auf 8 m²), „Zellenbüro-Desksharing“, Belegungsoptimierung und Umsetzung neuer Büroraumkonzepte. Ferner werden neue Co-Working-Standorte vorgeschlagen.

Die Ansätze werden unterschiedlich bewertet und es wird vorgetragen (S. 14), dass eine 15%-ige Einsparung von Büroarbeitsplätzen am ehesten durch sog. Zellenbüro-Desksharing zu erreichen wäre.

Diese Einschätzung ist aus Sicht des Kulturreferats kritisch zu sehen. Weder sind im Standort Burgstraße die räumlichen Voraussetzungen für „Zellenbüro-Desksharing“ gegeben, noch erlaubt die Arbeitsstruktur (Parteiverkehr, Aktenablage u.a.) rollierende Arbeitsplatzbelegung. Ebenso sind – bisher – die technischen Voraussetzungen zu einem rollierenden Wechsel ins Homeoffice nur bedingt gegeben. Die „Nachverdichtung“ ist in weiten Teilen nicht mehr möglich oder von den baulichen Voraussetzungen her nur sehr begrenzt umsetzbar. Die in Absprache mit dem Kommunalreferat und dem RIT nunmehr für November 2021 vorgesehene Belegung auch des 1. OG im Verwaltungsgebäude Burgstr. 4 durch das Kulturreferat und die damit mögliche dringend notwendige Entzerrung würde ad absurdum geführt, wenn wir bis 30.04.2022 bereits wieder 23 Arbeitsplätze einsparen müssen.

Auf Seite 16 der Beschlussvorlage ist für das Kulturreferat in der tabellarischen Auflistung nur der Standort Burgstr. 4 aufgeführt.

Inwieweit der im Antragspunkt 4 gewählte Begriff „Verwaltungsstandortstrategie“ auch die Institute des Kulturreferats betrifft, ist nicht konkret erkennbar.

Beispiel ist hier das Museum Villa Stuck:

Mit Stadtratsbeschluss vom 7.11.2019 wurde die Vorlagen-Nr.: 14-20 / V 16828, "Museum Villa Stuck, investive Maßnahmen sowie Personal- und Raumbedarf" bestätigt. Auf Basis dieses Beschlusses sucht das Museum Villa Stuck derzeit nach geeigneten Flächen zur Anmietung und ist diesbezüglich in Abstimmung mit den entsprechenden Abteilungen im Kommunal-, Bau- und IT-Referat.

Das Museum Villa Stuck ist aktuell mit der Arbeitsplatzsituation unter Soll, d.h. dort sind nicht ausreichend Plätze für alle Mitarbeiter*innen (unter Einhaltung der Arbeitsschutzrichtlinien) vorhanden. Die aktuelle Homeoffice-Situation und längere Abwesenheiten haben hier zuletzt ein wenig Entlastung gebracht.

Mit der Anmietung eines neuen Objekts wird also gerade einmal das Soll erfüllt, bietet aber wenig bis keinen Spielraum für neue Mitarbeiter*innen (Hausmeister, zweiter Techniker, Praktikant*innen, Auszubildende) und weiterhin kaum Besprechungsräume; diese werden auch dann notwendig sein, wenn ein Großteil der Besprechungen virtuell abgehalten wird; das geht in einem Museum nicht anders, wenn z.B. Künstler*innen und/oder Kurator*innen vor Ort sind.

Zentrale Aufgabenstellungen eines Museums können nur begrenzt aus dem Homeoffice erledigt werden: viele der Abteilungen haben Kundenverkehr, nämlich die Museumsbesucher*innen. Auch dies schränkt den Spielraum ein.

Das Museum Villa Stuck geht davon aus, dass die Anmietung neuer Büroräume schon in Kürze umgesetzt werden kann und das vorliegende "Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung im Verwaltungsbereich der Landeshauptstadt München" dem nicht entgegen steht.



Geschäftsleiter